

Stand: 10.02.2026 06:45:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/492

"Unsere Kinder schützen: Aufklärung zum verbotenen Weichmacher „DnHexP“!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/492 vom 21.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/529 vom 22.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 22.02.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Unsere Kinder schützen: Aufklärung zum verbotenen Weichmacher „DnHexP“!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, welche Informationen den bayerischen Behörden über die gesundheitsgefährdende Weichmacher-Chemikalie Di-n-hexyl-Phthalat („DnHexP“) (respektive dem körperinternen Abbauprodukt Mono-n-hexyl-Phthalat („MnHexP“)) zur Verbreitung in der Bevölkerung und zur Herkunft vorliegen, welche entsprechenden Untersuchungen (u. a. im Rahmen des Abwassermonitorings) bisher durchgeführt wurden, welche Rolle Importkontrollen aus dem Nicht-EU-Ausland spielen und welche möglichen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden könnten.

Begründung:

Laut einem Zwischenergebnis der aktuell noch laufenden 6. Deutschen Umweltstudie zur Gesundheit durch das Umweltbundesamt wurde in jeder dritten Urinprobe das Abbauprodukt „MnHexP“ des seit Februar 2023 in der EU weitgehenden verbotenen Weichmachers „DnHexP“ festgestellt. Aufgrund ihrer elastischen Eigenschaften wurde die Chemikalie häufig spröden Kunststoffen wie beispielsweise PVC beigemischt und fand somit einen relativ breiten Anwendungsbereich. Laut Toxikologen des Umweltbundesamtes dürfte der Weichmacher aufgrund des Verbots allerdings nicht mehr im menschlichen Körper vorkommen und weise daher auf ein Problem größeren Ausmaßes hin.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen von „DnHexP“ können Schädigungen der Fortpflanzungsorgane männlicher Föten und ein erhöhtes Risiko für Diabetes, Adipositas oder Bluthochdruck sein. Besonders besorgniserregend ist auch, dass die verbotene Substanz gerade in vielen Kinderurinproben festgestellt wurde.

Laut Umweltbundesamt deuten erste Untersuchungen auf kosmetische Produkte, insbesondere Sonnenschutzmittel, als mögliche Ursache hin, wobei noch kein abschließend gesichertes Ergebnis feststeht.

Der Bayerische Rundfunk berichtete am 13.02.2024, dass das zuständige Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) diesbezüglich aber noch keinerlei Auskünfte über die Situation in Freistaat erteilen kann.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/492

Unsere Kinder schützen: Aufklärung zum verbotenen Weichmacher „DnHexP“!

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, welche Informationen den bayerischen Behörden über die gesundheitsgefährdende Weichmacher-Chemikalie Di-n-hexyl-Phthalat („DnHexP“) (respektive dem körperinternen Abbauprodukt Mono-n-hexyl-Phthalat („MnHexP“)) zur Verbreitung in der Bevölkerung und zur Herkunft vorliegen, welche entsprechenden Untersuchungen (u. a. im Rahmen des Abwassermanagements) bisher durchgeführt wurden, welche Rolle Importkontrollen aus dem Nicht-EU-Ausland spielen und welche möglichen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden könnten.

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Andreas Winhart

Abg. Marina Jakob

Abg. Laura Weber

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe jetzt zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

**Unsere Kinder schützen: Aufklärung zum verbotenen Weichmacher "DnHexP"!
(Drs. 19/492)**

Ich gebe Frau Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Weichmacher werden Kunststoffen zugesetzt, damit diese weich, elastisch und biegsam werden. Weichmacher sind besonders gesundheitsgefährdend und so auch eingestuft. Eine Reihe von ihnen darf daher in der EU nicht in Produkten eingesetzt werden, die direkt oder indirekt Kontakt mit der Schleimhaut von Menschen haben. Leider werden Weichmacher trotzdem immer wieder dort nachgewiesen, wo sie eigentlich nicht mehr erlaubt sind, zum Beispiel in Puppen oder Spielzeug, mit verheerenden Folgen: Schädigung von Föten, erhöhtes Risiko für Diabetes, Adipositas oder Bluthochdruck. Etliche dieser Substanzen stehen unter Verdacht, krebsauslösend, fortpflanzungsschädigend oder hormonähnlich zu wirken.

Liebe demokratische Fraktionen, deswegen haben wir diese Substanzen auf europäischer Ebene verboten. Wir wollen nicht unsere Kinder oder unsere Enkelkinder schädigen. Das eint uns. Daher sollten wir alle gemeinsam hinschauen, wie diese verbotenen Stoffe in die Kreisläufe unserer Kinder gekommen sind.

Eine Studie des Umweltbundesamtes belegt, dass sich in jeder dritten Urinprobe Abbauprodukte eines Weichmachers befinden. Wir müssen den Ursprüngen unbedingt auf den Grund gehen. Das möchten wir mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag anstoßen. Nach Prof. Dr. Martin von Bergen, dem Leiter des Departments Molekulare Toxikologie des Umweltforschungszentrums in Leipzig, liegt das Problem vor allem darin, dass diese Produkte vor allem außerhalb der EU produziert und dann nach Deutschland importiert werden und wir Probleme haben, das überhaupt zu kontrollieren. Des-

wegen wollen wir mit euch gemeinsam folgende Frage stellen: Wie können wir es schaffen, diese Stoffe an den Grenzen aufzufinden, damit sie weder in die EU noch nach Deutschland oder Bayern gelangen können? Lasst uns für die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder genau hinschauen und gemeinsam agieren. Ziehen wir daher Konsequenzen. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung. Lassen Sie uns gemeinsam auf Spurensuche gehen!

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): Dann lassen wir uns berichten! – Anna Rasehorn (SPD): Es ist ein Berichtsantrag! – Martin Wagle (CSU): Ja, das sage ich doch!)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile der Kollegin Dr. Andrea Behr für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kollegin Frau Rasehorn! In Bezug auf die vorhergehende Cannabis-Diskussion muss ich jetzt schon ein bisschen schmunzeln, wenn es um die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als approbierte Zahnärztin mit seit vielen Jahren eigener Praxis kann ich sagen, dass schädliche Weichmacher wie Di-n-hexyl-Phthalat laut Medizinproduktegesetz verboten sind. Alle Kolleginnen und Kollegen im Saal, die im medizinischen Bereich tätig sind, werden mir da recht geben. Die Schädigungen sind vielfältig, und deshalb ist diese Substanz in der EU bereits seit 2013 verboten. Es ist aber nicht auszuschließen, dass DnHexP noch in alten, in der EU produzierten Produkten enthalten ist.

Momentan besteht eine große Gefahr durch die "Geiz ist geil"-Mentalität, Hauptsache billig, billig, billig, und durch das zunehmende Onlineshopping, bei dem sich Verbraucherinnen und Verbraucher auf irgendwelchen Internetplattformen wie zum Beispiel Amazon oder über die Werbung auf Social-Media-Seiten billigsten und minderwertigen

Schrott aus Fernost bestellen können. Man weiß da eben nicht, welche gesundheitsschädlichen Stoffe enthalten sind.

Allein im Jahr 2022 haben europäische Behörden bei stichprobenartigen Kontrollen in über 200 Spielzeugen verbotene Schadstoffe gefunden. Dabei stammen 90 % der identifizierten schadstoffhaltigen Spielzeuge aus China. Der Fasching ist gerade vorbei, und auch da wurde jede Menge bunter Billigware aus Fernost bestellt, die zum Teil nicht nur chemisch riecht, sondern auch gefährliche Substanzen enthält. Auch in Accessoires und Faschingsmasken aus weichem Plastik stecken zum Teil Lösungsmittel und Weichmacher. Diese Chemikalien sind insbesondere für Kinder gesundheitsschädlich. Man kann nur hoffen, dass sich Eltern nicht auch noch Schnuller, Babyflaschen und Trinksauger über irgendwelche dubiosen Internetseiten bestellen, bei denen man nicht weiß, woher die Ware genau kommt, anstatt gerade Gesundheits- und Medizinprodukte mit Güte- und Prüfsiegel vom Fachhandel vor Ort in Deutschland zu kaufen. Die gute deutsche Wertarbeit, Qualität Made in Germany, muss wieder etwas wert sein. Gerade auch im Gesundheitsbereich können Sie sich, liebe SPD, als Kanzlerpartei und Lauterbach-Partei auf Bundesebene dafür starkmachen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie können sich auch dafür starkmachen, dass die Leistungserbringer in unserem Land wieder anständig entlohnt werden. Liebe SPD, machen Sie sich auch dafür stark, dass wir generell nicht mehr abhängig von Waren aus dem Ausland sind, und dafür, dass wieder mehr in Deutschland produziert werden kann.

Liebe SPD-Fraktion, Sie sind mir mit Ihrem Antrag etwas zuvorgekommen; denn ich bereite gerade einen Antrag vor, in dem es um die Clear-Aligner-Therapie geht. Hiermit machen gewerbliche Anbieter Geschäfte im Internet. Dabei kann sich jeder irgendwelche Zahnschienen selbst ins Gebiss pappen. In den sozialen Medien wie Facebook, TikTok und dergleichen werben Influencer aggressiv für diese zweifelhaften und risikoreichen Methoden. Solche Selbstbehandlungsmodelle sind gefährlich. Solche

Behandlungen gehören in die Hände von approbierten Zahnmedizinern. Telemedizin und kommerzielle Anbieter von digitalen Gesundheitsleistungen etablieren sich immer stärker.

(Florian von Brunn (SPD): Zurück zum Thema!)

Werbung für medizinische Leistungen aus Indochina oder Osteuropa, sei es Zahneratz oder Brüste aus Silikon, ist in Deutschland erlaubt, und solche Leistungen werden teilweise sogar von den gesetzlichen Krankenkassen bezuschusst.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was hat das mit dem Thema zu tun?)

– Das hat damit zu tun, dass sich Ihr Gesundheitsminister, wenn er mal nicht bekifft ist, darum kümmern soll,

(Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

dass die Gesundheit der Bevölkerung geschützt wird. Das kann nur von der Bundes-
ebene aus gemacht werden.

(Widerspruch bei der SPD)

– Jetzt lassen Sie mich doch einmal ausreden.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, den Gesundheitsminister würde ich jetzt nicht so ansprechen.

(Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Dr. Andrea Behr (CSU): Wir werden dem Antrag zustimmen, weil es in diesem Fall um die schwächsten Glieder in unserer Gesellschaft geht, und das sind unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile nun dem Kollegen Andreas Winhart für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, man merkt es, der Ton wird rauer und die Kritik an Herrn Lauterbach umso berechtigter.

Wir sprechen heute über den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Di-n-hexyl-Phthalate. Es handelt sich um einen sehr bemerkenswerten Antrag. Das Thema ist überhaupt nicht neu. Bereits Ende der 2000er-Jahre und Anfang der 2010er-Jahre haben die GRÜNEN zum Thema Erotikartikel und Schadstoffe eine Kleine Anfrage im Bundestag gestellt.

Es ist nichts Neues, dass Kinderspielzeug aus China oder anderen Ländern belastet ist. Wir haben uns in der EU dafür entschieden, diese Stoffe – jeder kennt sie noch aus dem Chemieunterricht und weiß, überall dort, wo ein Benzolring dranhängt, ist das für den eigenen Körper gefährlich – in den verschiedenen Produkten ab dem 27. Februar 2023 zu verbieten. Das ist jetzt knapp ein Jahr her. Wir alle wissen, dass es zu einer Schädigung der Föten, vor allem hinsichtlich der männlichen Geschlechtsorgane, kommen kann. Es kann aber nicht nur zu einer Schädigung von Kindern kommen, sondern auch zu Schäden im Alter; da besteht die Gefahr von Diabetes, Bluthochdruck, Fettleibigkeit, Adipositas usw. Der Stoffwechsel des menschlichen Körpers wird also stark beeinträchtigt. Deswegen ist es gut, dass dieser Stoff verboten wurde.

Wir haben es nun mit einem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zu tun, der nichts anderes als einen Bericht fordert, meine Damen und Herren. Es werden weder Lösungen vorgetragen noch Konzepte präsentiert. Man will nur einen Bericht. Wir sind grundsätzlich für Transparenz. Deswegen werden wir uns enthalten. Wir sind der Auffassung, dass man mehr daraus hätte machen können.

Der SPD-Antrag bezieht sich ausschließlich auf Kinder. Seien Sie mir nicht böse, aber hier ist eine gewisse Gefühlsduselei dabei. Von Di-n-hexyl-Phthalat sind auch ganz viele Erwachsene betroffen, und es gibt zahlreiche Risikogruppen. Es trifft also alle und nicht nur Kinder. Ich weiß nicht, warum man im Antrag der SPD explizit auf Kinder abgestellt hat. Das versteh ich nicht.

In der Antragsbegründung steht, dass dieser Stoff beispielsweise in Sonnenschutzmittel auftaucht. Das können wir bestätigen, da wir das nachrecherchiert haben. Aber diese Gefahr betrifft eben nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene. Das hat jeder gemerkt, der heute zum Thema nachrecherchiert hat, weil vielleicht die Kenntnisse aus dem Chemieunterricht nicht mehr so präsent waren. Im Antrag finden sich größtenteils dieselben Formulierungen wie bei Wikipedia, das spricht nicht gerade für die Qualität dieses Antrags.

Meine Damen und Herren, Sie schreiben selbst in Ihrem Antrag, dass das Umweltbundesamt dazu noch recherchiert. Es laufen also Recherchen durch das Umweltbundesamt und nicht nur durch das LGL. Meine Damen und Herren, deswegen wäre es doch sinnvoll, erst mal die Recherchen des Bundesamtes abzuwarten und keine bayrischen Mittel aufzuwenden. Falls die Ergebnisse der Recherchen ungenügend sein sollten, kann man immer noch nachsteuern. Es liegen sicherlich irgendwelche Erkenntnisse vor, über die wir uns freuen. Eine Anfrage hätte es sicherlich auch getan. Dafür brauchen wir keinen Dringlichkeitsantrag. Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht nun die Kollegin Marina Jakob.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf der SPD erst einmal dafür danken, dass sie dieses wirklich wichtige Thema, bei dem es um unser aller Gesundheit geht, auf die Tagesordnung

gesetzt hat. Frau Kollegin Rasehorn, ich bin aber etwas verwundert, dass Sie nur wollen, dass die Produkte nicht in unser schönes Bayernland gebracht werden; es geht doch auch darum, bestimmte Produkte nicht nach Europa zu importieren.

Seit 2013 sind die Di-n-hexyl-Phthalate verboten. Wir wissen auch, warum sie verboten sind; denn sie sind reproduktionstoxisch. Das heißt, sie haben massive Auswirkungen auf die Fortpflanzung, besonders bei Jungen. Sie sind ursächlich für Fettleibigkeit, Diabetes und Bluthochdruck. Die Zwischenergebnisse der sechsten Deutschen Umweltstudie haben ergeben, dass sich genau diese Stoffe bzw. ihre Abbauprodukte nachweisbar im Urin unserer Kinder finden. Das macht uns allen große Sorgen.

Ich bin dem Umweltbundesamt und der Europäischen Kommission dafür dankbar, dass sie das Problem aufgreifen, aufnehmen und Untersuchungen dazu durchführen. Beteiligt daran ist auch die Ruhr-Universität Bochum. Diese sagt, es wird unwahrscheinlich lange dauern, bis man herausfindet, wo der Ursprung dieser Probleme liegt. Es sei so, als würde man eine Nadel im Heuhaufen suchen. Es sei eine chemische Detektivarbeit. Falls innerhalb eines Jahres Lösungen oder Ursachen gefunden werden, sei das ein Erfolg.

Aber was können wir alle dafür tun, um diese Stoffe aus unserem Leben herauszuhalten bzw. Kontakt damit zu vermeiden? – Das Allerwichtigste ist – das wurde heute schon angesprochen –, den Import von billigen Produkten aus dem Ausland zu unterbinden. Wir als Konsumenten sollten gar nicht erst auf Plattformen wie Temu oder sonstigen einkaufen, wo es etwa Toaster und Spielzeug schon für wenige Euro gibt, die ohne Zwischenhändler, direkt aus China nach Europa bzw. nach Deutschland kommen. Diese Produkte haben hohes Gefährdungspotenzial. Wir müssen auf uns selber schauen und dürfen diese Produkte nicht importieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der deutsche Zoll leistet hervorragende Arbeit; er kann aber erst dann Recherchearbeit leisten und gucken, in welchen Produkten dieser Stoff ist, wenn wir die Studien dazu haben und wissen, woher diese Stoffe kommen.

Wir freuen uns, dass wir heute diesem Antrag zustimmen können. Der Bund und die EU sind aktuell mit Recherchen an diesem Thema dran. Wir freuen uns auf den Bericht des Gesundheitsministeriums und des Umweltministeriums, freuen uns darauf, einen Bericht über dieses ministeriumsübergreifende Thema im Ausschuss zu hören und zu erfahren, welche Ergebnisse herausgefunden worden sind und was Lösungen sein könnten, um diese Stoffe nicht mehr in unseren Körpern und vor allem nicht mehr im Urin unserer Kinder zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Laura Weber für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass sich alle demokratischen Parteien für die Gesundheit aller und besonders der unserer Kinder einsetzen und wir uns einig sind, dass es wichtig ist, Informationen zu bekommen.

Ich bin Verbraucherschützerin. Verbraucherschutz bedeutet verantwortungsvolles Handeln nach dem Vorsorgeprinzip. Weil diesbezüglich gerade auch auf EU-Ebene viel verschlafen wurde – die CSU ist bei etwaigen Änderungen der größte Hebel –, möchte ich dieses Wort "Vorsorgeprinzip" einmal hier im Plenum mit Leben erfüllen.

Was bedeutet es, nach dem Vorsorgeprinzip zu handeln? – Es heißt, Belastungen bzw. Schäden für die Umwelt bzw. die menschliche Gesundheit im Voraus trotz unvollständiger Wissensbasis zu vermeiden oder zumindest weitestgehend zu verringern, also Sorge dafür zu tragen, dass der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land keine Gefahr droht, zum Beispiel durch gefährliche Weichmacher.

Der Weichmacher Di-n-hexyl-Phthalat wurde heute schon einige Male erwähnt. Er kann die Fortpflanzungsorgane von Föten im Mutterleib schädigen und bei Erwachsenen das Risiko für Diabetes, Bluthochdruck und auch Fettleibigkeit erhöhen. Dabei können hormonell wirkende Schadstoffe schon in sehr geringen Mengen ihre schädliche Wirkung entfalten. Sie gelten deswegen auch als Stoffe, für die es keine sicheren Grenzwerte gibt. Diese Gegebenheit sollte uns zu denken geben. Es ist oft nicht möglich, Grenzwerte zu messen oder einzuschätzen. Auch hier gilt wieder das Vorsorgeprinzip: im Falle des Nichtwissens lieber vorsorglich und präventiv handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin dankbar dafür, dass dieser gefährliche Weichmacher seitens des Umweltministeriums in Nordrhein-Westfalen, obwohl es ihn eigentlich gar nicht mehr geben sollte, schon seit einiger Zeit beobachtet wird. In den Urinproben von Kindergartenkindern wurde der Stoff innerhalb von drei Jahren sehr verstärkt aufgefunden. Die Zahl der belasteten Proben hat sich mehr als verdoppelt. Die Konzentration des Weichmachers in den Proben hat sich verzehnfacht. Eigentlich müsste dies auch die Bayerische Staatsregierung sofort elektrisieren. Aber seitens der Verantwortlichen lässt sich eher ein "Weiter-wie-bisher" und ein "Wird-schon-nicht-so-schlimm-sein" vernehmen. Deswegen gibt es auch keinerlei vorsorgende Reaktion seitens der Staatsregierung. Der Weichmacher ist aber nicht erst seit gestern in der Diskussion.

Der Weichmacher Di-n-hexyl-Phthalat wurde lange Zeit als Zusatzstoff verwendet, um PVC-Plastik weich und biegsam zu machen. Er ist aber auch in Kosmetika oder Kinderspielzeug enthalten. Entsprechend kann er noch in alten EU-Produkten enthalten sein oder über importierte Produkte nach Deutschland kommen, die gegen das EU-Chemikalienrecht verstößen. Das ist gerade mit Blick auf den rasant wachsenden Onlinehandel nicht kontrollierbar. Die Gesetze sind nicht mehr zeitgemäß und noch für eine analoge Welt gestrickt.

Eine BUND-Marktrecherche hat gezeigt, dass online gekauftes Spielzeug heute hohe Konzentrationen an Weichmachern, krebserregenden Nitrosaminen oder hormonell schädigendem Bisphenol A enthalten kann. Das kann uns in Bayern doch nicht wurscht sein. Wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern seit Langem, dass gerade Kinder, aber auch Erwachsene vor diesen Weichmachern geschützt werden.

(Martin Wagle (CSU): Wir auch!)

Es wäre also eine Selbstverständlichkeit, dass eine Untersuchung auch in Bayern, in bayerischen Kindergärten und Krippen erfolgt, und zwar unmittelbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommt, dass eine Regulierung viel zu lange dauert. Im Schnitt dauert es acht bis zwölf Jahre, bis ein potenzieller Schadstoff alle Instanzen durchlaufen hat und EU-weit reguliert werden kann. Um gefährliche Stoffe schneller regulieren zu können und den Markt effektiver kontrollieren zu können, muss die EU-Chemikalienverordnung REACH endlich zügig überarbeitet werden. Gefährliche Stoffe in verbrauchernahen Produkten müssen schnell verboten werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben den größten Hebel, weil Ihre Kolleginnen und Kollegen auf EU-Ebene dafür vor allem verantwortlich sind.

(Martin Wagle (CSU): Wir stimmen zu! Wo ist das Problem?)

Das Vorsorgeprinzip gilt auch für bayerische Kinder. Der Verbraucherschutz darf nicht an der bayerische Grenze halmachen. Ich fordere Sie auf: Handeln Sie für unsere Kinder und für die Gesundheit von uns Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte beherzigen Sie also folgende Handlungsmöglichkeiten:

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben schon gehört, dass wir zustimmen?)

– Ja, wunderbar, aber es ist ja mit Zustimmung allein nicht getan.

(Martin Wagle (CSU): Die Rede passt nicht zu unserer Haltung!)

Bitte berichten Sie schnellstmöglich, welche Informationen in Bayern vorliegen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

– Da sind wir uns einig. Das wird gemacht. Wunderbar. – Ich erwarte von Ihnen vollen Einsatz auf EU-Ebene für bessere Kennzeichnung, bessere Kontrollen und striktere Importbeschränkungen. Stimmen Sie auch dem Lieferkettengesetz zu,

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Oje!)

damit mehr Kontrollen möglich sind. Es geht gerade auch auf Ebene Bayerns um die Stärkung der Verbraucherzentralen und um Initiativen zur Vermeidung von Kunststoff; denn Kunststoff enthält besonders viel Weichmacher. Unterstützen Sie diese Initiativen.

(Michael Hofmann (CSU): So was nennt man Reiten auf einem toten Pferd!)

Und: mehr politischen Willen zum Reparieren statt zum Neukaufen! Weichmacher dünnen vor allem am Anfang aus. Auch das – sind es auch kleine Schritte – ist wichtig zum Schutz unserer Kinder und aller Menschen.

Ich danke der SPD-Fraktion für diese wichtige Diskussion. Wir stimmen dem Berichtsantrag ebenfalls zu.

(Martin Wagle (CSU): Ja, wir auch!)

– Wunderbar. Die Einigkeit haben wir ja schon lange.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Da passt bloß die Rede nicht!)

Noch zwei Dinge.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die zwei Dinge gehen jetzt nicht mehr, weil die Redezeit beendet ist. Sie haben aber die Chance auf weitere Redezeit, weil es eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Jakob gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, Sie haben gesagt, dass es der Bayerischen Staatsregierung wurscht sei, wie es den Kindern hier geht, und dass wir in Bayern eigene Studien durchführen sollen. Heißt das also, dass Sie möchten, dass alle 16 Bundesländer eigene Studien durchführen, obwohl das Umweltbundesamt mit der EU bereits daran arbeitet, Ursachen und Lösungen zu finden? Wollen Sie, dass in allen 16 Bundesländern noch mal Steuergeld ausgegeben und damit Geld verschwendet wird? – Wir wissen, dass Sie schon im Bund nicht mit Geld umgehen können. Gott sei Dank sind Sie in Bayern nicht in Regierungsverantwortung, weil Sie es hier auch noch zum Fenster rausschmeißen würden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zur Beantwortung, bitte schön.

Laura Weber (GRÜNE): Ich habe gesagt: Das kann Bayern doch nicht wurscht sein. Richtig, ich habe das gesagt. Es geht darum, gemäß dem Vorsorgeprinzip zu agieren, alle Möglichkeiten vorsorgend und präventiv einzubeziehen und auch dementsprechend zu handeln. Darum geht es.

Ich bitte, dieses grundsätzliche Diffamieren, das auch Frau Kollegin Behr gemacht hat, zu untersagen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich jetzt zur Abstimmung komme, darf ich noch die weiteren Vizepräsidenten aus Nordrhein-Westfalen begrüßen. Das sind die Kollegen Rainer Schmeltzer und Christof Rasche. Herzlich willkommen auch an dieser Stelle!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 19/492 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen! – Enthaltung! – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/493 mit 19/496 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils federführenden Ausschüsse verwiesen.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich bedanke mich und wünsche einen schönen Tag. Die Besuchergruppe hat leider Pech gehabt.

(Schluss: 14:03 Uhr)